

Die faschistische Sammlungsbewegung sitzt in der Staatskanzlei!



Der Charakter des bayerischen „Integrations“gesetzes ist faschistisch! Mit „deutscher Leitkultur“ und Volksgemeinschaft will die CSU ein neues Rassegesetz, offene Willkür und Gesinnungsverfolgung einführen!

Seit einigen Wochen wird in Bayern über einen Gesetzentwurf der Staatsregierung („Integrationsgesetz“) diskutiert, der nach dem Wunsch der Verfasser schnellst möglich verabschiedet werden soll (bis 6. April befindet sich der Entwurf in der Verbändeanhörung, dann geht’s zur Abstimmung). Es soll, so verspricht es die CSU, die gesellschaftlichen Probleme lösen, die aus der sogenannten Flüchtlingskrise resultieren würden. Tatsächlich schlägt es einem beim Lesen des Entwurfs angesichts des Herrenmenschengehabes und des antidemokratischen Charakters schlicht die Sprache. Frei nach Max Liebermann (1933) kann man gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte. Warum das bayerische „Integrations“gesetz zu bekämpfen ist und seine Verfasser in den Knast gehören:

Das Gesetz verpflichtet in modernen Worten jeden Menschen in Bayern auf Volk und Vaterland und bereitet verbal den Arbeitszwang vor	„Jeder Einzelne ist daher zur Loyalität gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen verpflichtet. Dazu gehört, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit zum wirtschaftlichen Wohlstand mit eigener Kraft beiträgt.“ (S. 1)
Es verpflichtet Deutsche und Nichtdeutsche auf eine nicht näher bestimmte „Leitkultur“ und öffnet der Willkür Tür und Tor	„Es ist Ziel dieses Gesetz, [...] sie aber zugleich auf die im Rahmen ihres Gastrechts unabdingbare Achtung der Leitkultur zu verpflichten und dazu eigene Integrationsanstrengungen abzuverlangen (Integrationspflicht).“ (Art. 1)
Es verherrlicht zwei deutsche Weltkriege und erhebt den Geschichtsrevisionismus und den deutschen Führungsanspruch über Europa in Gesetzesrang	„Das lange geschichtliche Ringen unserer Nation und unseres ganzen Kontinents um Einheit, Frieden und Freiheit verpflichtet auf das errungene gesamteuropäische Erbe und das Ziel eines gemeinsamen europäischen Weges. Diese identitätsbildende Prägung unseres Landes (Leitkultur) im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu wahren und zu schützen ist Zweck dieses Gesetzes.“ (Präambel)
Es beruht auf einer völkisch-rassistischen Staatsbürgerschaftstheorie; in die Pflicht werden auch „Vierteldeutsche“ genommen, also Menschen, die das „deutsche Blut“ nur über einen Eltern- oder Großelternanteil bekommen haben	„Die Regelungen dieses Gesetzes über die Integrationsförderung gelten entsprechend für Deutsche, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und [...] zumindest einen Eltern- oder Großelternanteil haben, der die Bedingungen der Nr. 1.“ (Art. 2)
Es will demjenigen, der nicht schnell genug Deutsch lernt, die Kosten für Sprachkurse auferlegen und ihn bei Behördengängen den Dolmetscher selber zahlen lassen	„Wer aus selbst zu vertretenden Gründen das im Rahmen einer gewährten Förderung mindestens erwartbare Sprachniveau nicht erreicht, kann zur angemessenen Erstattung von Förderkosten verpflichtet werden. Die notwendigen Kosten für die Heranziehung eines Dolmetschers oder Übersetzers durch Behörden können Personen im Sinne des Abs. 2 auch dann auferlegt werden, wenn eine Kostenauflegung nicht nach anderen Vorschriften vorgesehen ist.“ (Art. 4)
Es schaltet die öffentlich-rechtlichen Medien gleich; die „deutsche Leitkultur“ soll zum Erziehungsauftrag in Kitas, Kindergärten und Schulen werden	„Der Bayerische Rundfunk und die nach dem Bayerischen Mediengesetz an der Veranstaltung von Rundfunk Beteiligten unterstützen im Rahmen ihres Programmauftrags die Integration. Die Angebote in Rundfunk und Telemedien sollen einen Beitrag zur Vermittlung der deutschen Sprache und der Leitkultur leisten.“ (Art. 10; Art. 5-8)
Es ermöglicht die staatliche Verfolgung jedes Menschen, der die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ oder das staatliche Gewaltmonopol nicht für den heiligen Gral hält – was keine Straftat darstellt	„Wer durch demonstrative Regelverstöße, Verunglimpfen oder sonst durch nach außen gerichtetes Verhalten beharrlich zum Ausdruck bringt, dass er die freiheitliche demokratische Grundordnung [...] ablehnt, kann durch die Sicherheitsbehörden verpflichtet werden, sich einem Grundkurs über die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu unterziehen. Satz 1 gilt entsprechend bei Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols [...]“ (Art. 13)



Freie Deutsche Jugend, Gruppe München

E-Mail: muenchen@fdj.de, Homepage: www.fdj.de
 Konto: Berliner Volksbank
 BIC: BEVODEBB
 IBAN: DE65 1009 0000 5583 8220 05
 Stichwort: München

V.i.S.d.P.: Julian Mühlbauer c/o FDJ München, Tulbeckstr. 4f, 80339 München, E.i.S.



Es fordert die Gesinnungsjustiz und widerspricht dem Grundgesetz. Das Verbot, andere Vorstellung einer menschenwürdigen Gesellschaft zu vertreten, wird nicht auf „Ausländer“ beschränkt, es soll künftig für alle gelten. Die angedrohte Geldstrafe dürfte jede Organisation und jeden politisch Aktiven in die Knie zwingen.	<p>„Es ist verboten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften dazu aufzufordern, die geltende verfassungsmäßige Ordnung zu missachten und stattdessen einer mit ihren Grundsätzen nicht zu vereinbarenden anderen Rechtsordnung zu folgen, 2. es zu unternehmen, andere Personen einer solchen Ordnung zu unterwerfen, oder 3. es zu unternehmen, eine solche Ordnung oder aus ihr abgeleitete Einzelakte zu vollziehen oder zu vollstrecken.“ <p>„Wer gegen das Verbot nach Abs. 1 verstößt, kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden.“ (Art. 14)</p>
Es schafft die Grundlage, Menschen aufgrund ihres Aussehens vom öffentlichen Leben auszuschließen (Schwimmbäder, Bibliotheken und alle anderen kommunalen Einrichtungen)	„Die Zulassung nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer kann von einer vorherigen Belehrung und dem ausdrücklichen Anerkenntnis der bestehenden Vorschriften abhängig gemacht werden.“ (Art. 17a; Begründung)
Es ermächtigt die Polizei, ohne Gerichtsbeschluss in alle Gebäude einzudringen, die als Unterkunft für Asylbewerber dienen (auch Privatwohnungen); an weiteren „gefährlichen Orten“ kann künftig jeder ohne richterlichen Beschluss und ohne „Gefahr im Verzug“ kontrolliert und erkennungsdienstlich behandelt werden, die Schleierfahndung wird auf ganz Bayern ausgeweitet.	Art. 17a; Begründung
Die neuen Regelungen sollen für alle Menschen in Bayern gelten	Es „beinhaltet damit keine Regelung zum Adressatenkreis des Bayerischen Integrationsgesetzes im engeren Sinne. Das Gesetz wendet sich nämlich an alle im Freistaat lebenden Menschen, auf deren Beteiligung ein gelingender Integrationsprozess angewiesen ist.“ (Begründung)

Der Platz reicht nicht, um aufzuzählen, gegen wie viele Grundrechte und Verfassungsgerichtsurteile dieses Vorhaben verstößt. Das gesamte Pamphlet fußt auf einer angeblichen „deutschen Leitkultur“, die bisher von keinem CDU/CSU-Ideologen definiert wurde. Offensichtlich schließt sie die deutsche Geschichte inklusive der Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs und die völkische Rassenideologie, dass nur Deutscher sein könne, in dessen Adern „deutsches Blut“ fließt, ein und der Verstoß gegen dieses Weltbild soll unter Strafe gestellt werden. Das soll für alle in Bayern Lebenden gelten und die Deutungshoheit bei der Mehrheitspartei liegen. Dabei wird wieder einmal der besondere deutsche Föderalismus genutzt, um die bürgerlich-demokratische Republik als Ganzes anzugreifen – Bayern macht den Anfang, andere Bundesländer werden folgen.

Schon einmal wurde die „deutsche Leitkultur“ zum verbindenden Element einer die halbe Welt versklavenden Volksgemeinschaft erklärt, der NSDAP-Innenminister Wilhelm Frick drückte es 1933 nur anders aus: „Jeder aber, der sich gegen Deutschland wendet, soll wissen, dass er als Feind des Volkes aus der Volksgemeinschaft ausgemerzt wird.“

Die CSU macht ihrer Geschichte als Partei des Großkapitals und des deutschtümelnden, völkisch-konservativ gesinnten Kleinbürgertums alle Ehre. Der legendärste Vertreter dieser „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“ (F. J. Strauß) Franz Josef Strauß gab die Losung vor: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!“ – was nichts anderes heißt, als alle deutschnationalen, faschistischen und sonstigen reaktionären Kräfte in der CSU zu vereinigen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! – gilt auch bei selbsternannten Demokraten!

Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen! – heißt auch: Verbot der CSU!

Der Faschismus kam und kommt nicht über Stiefelglätzen oder den rassistisch-nationalistischen Mob an die Macht – das Streben des Finanzkapitals nach Maximalprofit lässt es dann und dort zur offenen, terroristischen Gewaltherrschaft umschwenken, wo mit den normalen Mitteln des Betrugs, mit normaler kapitalistischer Ausbeutung und im normalen kapitalistischen Frieden kein Maximalprofit mehr zu machen ist.

Kampf der Gefahr des Faschismus heißt:

- **Kampf dem staatlich geschürten Rassismus, der uns wieder gegen andere Völker hetzt!**
- **Kampf der reaktionären Verzahnung des Gewaltenapparates von Polizei, Militär und Geheimdiensten (z.B. im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“) und der neuen „Gestapo“ BKA!**
- **Kampf der Militarisierung unserer Gesellschaft und dem Bundeswehr-Einsatz im Inland gegen Flüchtlinge, Streiks und Demonstrationen!**
- **Kampf der Entrechtung einzelner Personengruppen, die sich letztlich gegen uns alle richtet!**
- **Kampf dem deutschen Imperialismus und seinen Weltmachtambitionen, die er seit der Annexion der DDR wieder offen auslebt und längst wieder Europa beherrscht, ausbeutet und verwüstet!**
- **Kampf für ein Gesellschaftssystem, in dem Rassisten und Kriegstreiber hinter Gitter kommen!**
- **Kampf für ein Wirtschaftssystem, das sich über Erfahrungen und Arbeitskraft neuer Staatsbürger freut, weil wir bestimmen, was und wie produziert wird!**
- **Hoch die internationale Solidarität im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg!**

Asylrecht statt

Kriegsrecht



Kampf um Befreiung statt

Flucht, Krieg und Barbarei

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik · www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org · Info@Jugendkongress-NdR.org

Etwa jeder 120. Mensch auf der Welt ist auf der Flucht. Das sind rund 60 Mio. Menschen, die ihre Heimat auf Grund von Hunger, Krieg und Vertreibung verlassen mussten. Immer mehr Länder und Regionen versinken im Chaos.

Der Kapitalismus in seinen Anfängen hat die Welt gespalten, in ein paar wenige reiche Industrienationen und „den Rest der Welt“, dessen Menschen und Ressourcen er ausgebeutet hat.

Der Imperialismus in seinen letzten Zügen hat diese Spaltung noch vertieft, nur dass er viele Teile nicht mal mehr ausbeuten kann. In immer mehr Regionen der Erde sind Ressourcen, Boden und Natur zerstört, Menschen vegetieren ohne Arbeit und Perspektive dahin, Gewalt und Kriege breiten sich aus. Das zwingt die Menschen zur Flucht vor dieser Barbarei, deren Ursache der Imperialismus ist. Das ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine Systemkrise. Die Imperialisten selber werden sie genauso wenig lösen, wie die Dürre den Durst löscht.

Ihre einzige Antwort sind Zäune und Todeszonen. 40.000 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer sind das Treibgut eines untergehenden Systems, das zu nichts mehr in der Lage ist außer Krieg, Raub und Barbarei.

Dort, wo die rivalisierenden Imperialisten mit ihrem Geschacher um Einflussphären den Bürgerkrieg entzündet haben, schmeißen sie unter dem Banner des Humanismus Bomben hinterher. Vorne mit dabei der deutsche Imperialismus, in Jugoslawien, in Afghanistan und jüngst in Syrien, wo die Bundeswehr „hilft“ die Barbarei mit Barbarei zu bekämpfen und die letzten Reste an Zivilisation, menschlichem Leben und Perspektive auszulöschen. Aber diese Kriege sind nur der Vorbote eines neuen weltweiten Völkerschlachtens. Die Karten werden neu gemischt und die Allianzen gebildet. So wie die Europäische Union sich nach außen abschottet, bricht sie im Inneren zusammen. Die Flüchtlinge sind nur der Auslöser – nicht die Ursache, dass internationale Verträge von heute auf morgen nichts mehr wert sind, der Lissaboner Vertrag, das Schengener und Dubliner Abkommen. Die EU entpuppt sich als das, was sie ist, reaktionär und auf Grund der unterschiedlichen Interessen eben nur ein zeitweiliges Bündnis der Imperialisten.

Für eins der reichsten Länder der Welt, ist es keine Frage des Könnens, sondern des Wollens gerade mal 1,3% aller Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen. Die große Koalition der Repression nach innen und des Krieges nach außen - will nicht!

Das staatlich organisierte Chaos in dieser Frage ist der Nährboden des Rassismus. Während der so organisierte Mob durchs Land zieht und Flüchtlingsunterkünfte anzündet, sprechen die Schreibtischtäter in der Regierung den Bewohnern dieser Unterkünfte das Menschenrecht auf Asyl, körperliche Unversehrtheit und Überleben ab. Die in wenigen Tagen durchs Parlament gepeitschten Asylrechtsverschärfungen sind ein Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention und Aufhebung des Grundgesetzes. Menschen werden in Speziallager gepercht, ohne

rechtsstaatliches Verfahren und ohne Ankündigung abgeschoben. Das Recht auf gesundheitliche Versorgung wird ihnen genauso vorenthalten, wie das Existenzminimum. Die Flüchtlinge werden eingeteilt in nützlich und nutzlos und die deutschen Wirtschaftsbesitzer lecken sich die Finger nach billigen Arbeitskräften. In einem Land, dessen grausame Geschichte selbst, das Recht auf Asyl begründet hat, wird dieses zusammen mit vielen anderen Lehren aus dem Faschismus aufgehoben. Die bürgerliche Demokratie, als eine Herrschaftsform des Kapitals endet da, wo ihre Grundrechte nicht mehr für alle gelten, also hier und heute.

Von der verlogenen Willkommenskultur der Herrschenden bleibt nicht mehr übrig, als die Flüchtlinge als den willkommenen Anlass zu nehmen, das Grundgesetz zu schleifen und den Gewaltenapparat weiter auszubauen. Schon vor Jahren wurde damit begonnen den Staatsapparat umzubauen, die bürgerliche Republik zu einer Republik des Notstands zu machen. Die Trennung zwischen Polizeien und Geheimdiensten wurde aufgehoben, Grundrechte eingeschränkt und die Bundeswehr zu einer Armee des Krieges nach innen und außen umgebaut. Dieser Apparat, der mit einer Demokratie nicht mehr vereinbar ist, wird heute gegen die Flüchtlinge und alle anderen Menschen in Bewegung gesetzt und weiter verstärkt. Ohne dass der Verteidigungsfall oder der innere Notstand ausgerufen wurde, sind 1000de Soldaten im Inlandseinsatz. Der militärische Heimatschutz der in allen zivilen Regierungsebenen, von der Kommune bis zum Bundesland sitzt hat Teile des Regierungsgeschäfts übernommen.

Das alles sind keine Maßnahmen in einer außergewöhnlichen Situation, sondern das ist die im Imperialismus gewöhnliche Situation des Umschaltens von der einen Herrschaftsform zur anderen, zur offenen Gewaltherrschaft. Es ist an uns, Maßnahmen zu ergreifen, um dies zu verhindern. Die Uhr tickt. Die Frage ist nur für wen!

Erste Maßnahmen müssen sein, ein uneingeschränktes Asylrecht für jeden einzelnen zu installieren: Gleiche Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, und ein sofortiges Ende der Abschiebungen. Die geschaffene Gesetzeslage, das Asylrecht mit dem Verweis auf sichere Herkunftsländer auszuhebeln, ist sofort rückgängig zu machen. Die pauschale Behauptung „sicherer Herkunftsländer“ ist menschenverachtend und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Beschlagnahme von leerstehendem und anständigem Wohnraum, seien es die Millionen ungenutzter Zimmer und Wohnungen der Reichen, sei es leerstehender Wohnraum. Sozialer Wohnungsbau für Millionen statt Häuserbau für Millionäre! Installation einer kostenlosen, umfassenden Gesundheitsbetreuung, die auch eine Behandlung von psychischen Beeinträchtigungen und eine Schwangerschaftsversorgung beinhaltet. Alle rassistischen Maßnahmen der deutschen Flüchtlingspolitik, wie etwa die Sachleistungsversorgung und die Residenzpflicht sind einzustellen. Anspruch auf Arbeit statt Arbeitsverbot und Zwangsarbeit! Sofortige Entlohnung von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern aus den Taschen derjenigen, die die „Flüchtlingskrise“ verursachen. Auflösung aller faschistischen Parteien und Organisationen und Verbot ihrer Aufmärsche und Kundgebungen.

Der Regierung des Notstands der Republik ist das Handwerk zu legen. Statt weiter zu sehen, wie sie im Interesse des deutschen Kapitals als Brandstifter die Welt in Angst und Schrecken versetzt, müssen ihr die Geschäfte aus der Hand genommen werden und die Reichtümer unter denen, die sie herstellen, verteilt werden. Alle die Demokratie schleifenden Maßnahmen des Notstands der Republik und des Staatsumbaus sind aufzuheben. Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in der Flüchtlingshilfe. Bundeswehr raus aus den Rathäusern! Sofortige Beendigung der sogenannten zivil-militärischen Zusammenarbeit! Alle (para-)militärischen Einheiten des Heimatschutzes sind aufzulösen. Sofortiges Ende aller Bundeswehreinätze! Das Trennungsgebot zwischen Polizeien und Geheimdiensten sowie die Lehren aus dem Hitlerfaschismus betreffend der Gefährlichkeit eines zentralisierten Gewaltenapparates sind einzuhalten.

Wissend, wie lang der Weg noch sein wird, fordern wir die ersten Schritte zu wagen und sich dem Kampf um Befreiung für eine bessere Zukunft anzuschließen. Die aktuelle Lage diktiert die Notwendigkeit und die Geschichte gibt uns Recht:

Dezember 2015

Asylrecht statt Kriegsrecht! Kampf um Befreiung statt Flucht, Krieg und Barbarei!

ViSdP: J. Nanninga, Dobbenweg 10, 28203 Bremen

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org • Mail: info@Jugendkongress-NdR.org

Spenden: M. Wildmoser, IBAN: DE09 2004 1144 0319 6284 00, BIC: COBADEHD044, comdirect